

Euro Finance Week 2014

Uwe Fröhlich,
Präsident des Bundesverbandes
der Deutschen Volksbanken und Raiffeisenbanken
(BVR)

für die Deutsche Kreditwirtschaft (DK)

Sind die globalen Finanzmärkte heute sicherer als vor
der Krise?

Frankfurt am Main, 17. November 2014

Sehr geehrte Damen und Herren,
vor wenigen Tagen hat die Europäische Zentralbank (EZB) im Japan-Center am Taunustor, nur einen Steinwurf vom heutigen Tagungsort entfernt, die Aufsicht über die 120 bedeutendsten Banken der Eurozone übernommen, die zusammen circa 85 Prozent der Bankenbilanzsumme im Euroraum ausmachen. Vorausgegangen war ein äußerst umfangreicher und für alle Seiten arbeitsintensiver Fitnesscheck, das sogenannte Comprehensive Assessment. Wir alle kennen die Ergebnisse. Alle deutschen Institute haben die Eigenkapitalanforderungen der EZB zum Zeitpunkt der Bekanntgabe der Ergebnisse des Comprehensive Assessments erfüllt. Dieser Fitnesscheck war zum einen wichtig, damit die neue Europäische Bankenaufsicht ohne Überraschungen ihre Arbeit aufnehmen kann. Der Test war aber genauso wichtig, um das Vertrauen in die Stabilität der deutschen und europäischen Kreditwirtschaft zu festigen. Das ist meiner Einschätzung nach auch gelungen, gleichwohl die Aufräumarbeiten in den Ländern mit besonders vielen beziehungsweise prominenten Durchfallern längst noch nicht abgeschlossen sind.

Mit der Übernahme der Aufsichtsfunktion durch die EZB nimmt die Bankenunion und damit das größte europäische Integrationsprojekt nach der Einführung des Euros konkrete Gestalt an. Die Bankenunion soll dazu beitragen, die enge Verflechtung der Staaten mit den Banken zu lockern. Banken in Schieflage wurden mit öffentlichen Mitteln gestützt und belasteten die Staatshaushalte, umgekehrt sorgten Schieflagen der öffentlichen Haushalte schnell für Zweifel an der Stabilität der Banken. Die Geschwindigkeit, mit der dieses regulatorische Großprojekt angegangen und umgesetzt wurde, ist durchaus bemerkenswert. Die Deutsche Kreditwirtschaft hat die Bankenunion von Anfang an aktiv, bisweilen auch kritisch, aber stets konstruktiv begleitet. Die Umsetzung der vielen neuen Regelungen ist noch im vollen Gange und bedeutet für alle Häuser

einen enormen personellen und technischen Kraftakt. Im Ergebnis leisten die Institute damit einen erheblichen Beitrag für einen stabileren europäischen Finanzmarkt.

Die Bankenunion – mit ihren Säulen eines einheitlichen Aufsichtsmechanismus für die Eurozone, einer gemeinsamen Regelung zur Sanierung und Abwicklung von Kreditinstituten einschließlich eines einheitlichen Abwicklungsmechanismus sowie gemeinsamer europäischer Regelungen zur Einlagensicherung – ist indes nicht das einzige Projekt der internationalen Bankenregulierung. Als Lehre aus der Finanzmarktkrise hatten sich die G20, also die 20 führenden Wirtschaftsnationen, auf ihre Fahnen geschrieben, dass zukünftig kein Finanzprodukt und kein Markt, von dem Risiken für die Stabilität des gesamten Finanzsystems ausgehen können, ohne angemessene Überwachung und Regulierung bleiben dürfe. Insgesamt hat die Politik seit Herbst 2008 auf europäischer und nationaler Ebene über 40 Regulierungen erlassen. So mussten alle Banken in Europa das neue Rahmenwerk des Baseler Bankenausschusses – international besser bekannt als Basel III, hier in Europa als CRR/CRD IV – umsetzen und hier insbesondere höhere Eigenkapital- und Liquiditätsregeln erfüllen. Das Risikomanagement wurde verbessert, die Vergütungssysteme angepasst, um den langfristigen Geschäftserfolg stärker zu berücksichtigen. Künftig müssen alle, also nicht nur potenziell systemgefährdende Kreditinstitute über einen Sanierungsplan verfügen. Ferner werden alle Institute einen Restrukturierungsfonds befüllen, der ab nächstem Jahr durch einen einheitlichen Abwicklungsfonds abgelöst wird. Die Fondsmittel stehen im Notfall bereit, um ein Institut geordnet abwickeln zu können. Außerdem müssen einzelne Institute ab nächstem Jahr erste Arbeiten aufnehmen, um ihre risikoreichen Geschäftsbereiche vom klassischen Einlagengeschäft abzutrennen. Im Rahmen der Bankenunion wurde die Sanierung und Abwicklung von Kreditinstituten nochmals geregelt und der

Restrukturierungsfonds wird ab nächstem Jahr auf die europäische Ebene verlagert. Deutsche Banken und Sparkassen müssen dann aller Voraussicht nach in den kommenden acht Jahren zusätzlich 15 Milliarden Euro aufbringen.

Sehr geehrte Damen und Herren,
die Deutsche Kreditwirtschaft hat auch zahlreiche neue Regulierungen auf dem Gebiet des Anlegerschutzes umzusetzen, die vor dem Hintergrund der Finanzkrise auch zur Erhöhung der Systemstabilität beitragen sollen. Hierzu gehören die MiFID II/ MiFIR mit ihren vielfältigen neuen Vorschriften für die Anlageberatung, den Transparenzvorschriften für den Wertpapierhandel und den neuen Regelungen für die Handelsplätze. Insbesondere letztere sollten den Kapitalmarkt stabiler und transparenter machen, als dies bisher der Fall ist.

Bei den anderen Maßnahmen fällt die Antwort auf die Frage, ob sie die Stabilität erhöhen, schon schwerer. Gewiss gilt das Zauberwort Transparenz heute als Allheilmittel für effiziente Märkte, und die Kreditinstitute und ihre Mitarbeiter tun alles, um ihren Kunden so auskunftsfreudig zu begegnen wie möglich. Aber lassen Sie mich ein Beispiel wählen, wie gut gemeinte Transparenzvorschriften für den Anlegerschutz sich ins Gegenteil verkehren und Märkte eben nicht stabiler machen. Der deutsche Gesetzgeber zieht im Gegensatz zu dem europäischen Gesetzgeber nicht den Emittenten, sondern das Kreditinstitut des Anlegers in die Verantwortung für das Produktinformationsblatt für Finanzinstrumente. Diese Verpflichtung hat bei Aktien zu dem von uns vorhergesagten Ergebnis geführt, dass bei ohnehin schon bestehender Aktienaversion der Deutschen die Aktie in der Anlageberatung an Bedeutung verloren hat. Diese Entwicklung hat jüngst auch das Deutsche Aktieninstitut bestätigt.

Dabei hat die Anlageberatung vor dem Hintergrund der immer wieder aufflackernden Diskussion um die Zulässigkeit und die Auflagen für ihre provisionsbasierte Form und der zahlreichen und immer noch zunehmenden Regulierungsmaßnahmen an sich bereits mehr als genug zu kämpfen. Hier liegt eine weitere Gefahr, dass eine überzogene und nicht effiziente Regulierung das Kind mit dem Bade ausschüttet, nämlich die Anlageberatung in der Fläche und in allen Schichten wegreguliert. Davon sind wir nicht mehr weit entfernt. Denn eine in ihrer Entgeltstruktur nicht nach dem Anlagevolumen differenzierende Honoraranlageberatung dürfte insbesondere für Kleinanleger nicht die passende Form für eine Beratungsdienstleistung darstellen. Doch gerade diese Mehrheit der Verbraucher benötigt eine fachlich versierte Geldanlageberatung, die sie auf die Notwendigkeit der Ersparnisbildung, der Altersvorsorge und des Investments in Aktien und Wertpapieren anspricht, heute mehr denn je!

Und Transparenz, meine Damen und Herren, ist leicht gesagt und schnell gefordert, aber ihre Regulierung fällt der Politik ganz offensichtlich schwer. Dies lässt sich an der Vielzahl der Maßnahmen auf deutscher und europäischer Ebene ablesen, mit denen sich jedes einzelne Kreditinstitut auseinandersetzen hat. Wir haben das schon erwähnte Produktinformationsblatt, an seiner Seite gibt es das Vermögensinformationsblatt, das aktuell durch das Kleinanlegerschutzgesetz überarbeitet wird, wir haben die europäisch induzierten wesentlichen Anlegerinformationen und es kommen die ebenfalls europäischen key information documents aus der EU-Verordnung zu „Packaged Retail and Insurance-Based Investment Products“ (PRIIPS).

Transparenz ist gut für die Stabilität des Kapitalmarkts, wenn sie sinnvoll und effizient standardisiert ist. Gleiches gilt für die Vorschriften des Anlegerschutzes, die zurzeit auf der zweiten Stufe

des europäischen Maßnahmenverfahrens zu MiFID II/ MiFIR diskutiert werden. Wir würden uns sehr wünschen, dass sie das Bankgeschäft nicht weiter überfrachten, sondern in seiner wichtigen volkswirtschaftlichen Aufgabenstellung für den Kapitalmarkt stärken.

Sehr geehrte Damen und Herren,

Sie sehen, im Bereich der Bankenregulierung waren weder die Politik noch die betroffenen Institute untätig. Die Banken, insbesondere die deutschen Banken, sind heute wesentlich krisenfester als vor Beginn der Krise. Diese Feststellung ist wichtig. Denn nur stabile und wirtschaftlich gesunde Banken können der Wirtschaft das benötigte Kapital zur Verfügung stellen. Aktuell ist aber die Kreditnachfrage in Europa eher schwach ausgeprägt. Zumindest für Deutschland kann ich sagen, dass es nicht an der fehlenden Bereitschaft der Banken liegt, Kredite bereitzustellen, sondern eher an einer schwachen Nachfrage der Firmenkunden. Im Euroraum sind die Gründe vielfältiger und beschränken sich nicht allein auf die südeuropäischen Programmländer. Die Volkswirtschaften der Eurozone kämpfen nach wie vor mit den Folgen der Finanz- und Staatsschuldenkrise, dazu gesellen sich auch mit erhebliche strukturellen Schwächen. Mit dem Übergang der Finanzmarktkrise in eine europäische Staatsschuldenkrise traten erhebliche Mängel an der institutionellen Architektur des Euros offen zu Tage. Die Verfahren zur Vermeidung übermäßiger Defizite der öffentlichen Hand hatten versagt. Daher wurde parallel zur Bankenunion auch das Euroregelwerk unter großem Zeitdruck überarbeitet mit dem Ziel einer echten Wirtschafts- und Währungsunion.

Auch hier ist einiges passiert: Mit dem sogenannten Europäischen Semester wurde eine frühzeitige Abstimmung der nationalen Haushaltspläne eingeführt. Der Stabilitäts- und Wachstumspakt wurde durch die Einführung eines früher wirkenden und abgestuften

Sanktionssystems geschärft. Die allermeisten EU-Mitgliedsstaaten haben sich verpflichtet, strikte nationale Schuldenbremsen einzuführen und mit dem „Verfahren bei makroökonomischen Ungleichgewichten“ wurde ein neues wirtschaftspolitisches Steuerinstrument eingeführt, das Fehlentwicklungen unter anderem bei den Immobilienpreisen, der Verschuldung der Privathaushalte und Unternehmen sowie der Auslandsverschuldung aufzeigen soll.

Als weiteres neues Element wurde der vorläufige und dauerhafte Rettungsschirm EFSF beziehungsweise ESM eingeführt. Staaten in finanzieller Schieflage konnten solidarische Hilfe erhalten, die an strikte Bedingungen geknüpft ist. Die Rettungsschirme haben dazu beigetragen, eine drohende Insolvenz in Griechenland, Irland, Spanien, Portugal und Zypern zu vermeiden. Es ist ein großer Erfolg, dass die Anpassungsprogramme in Irland, Spanien und Portugal inzwischen abgeschlossen werden konnten. Keine Frage, auch die Währungsunion ist heute wieder stabiler als noch vor zwei oder drei Jahren, das zeigen unter anderem die Zinsspreads auf europäische Staatsanleihen. Aber der Euroraum bleibt angeschlagen. Insbesondere die schwache Konjunktur ist ein Problem. Die Gründe hierfür sind bekannt: Neben den Folgen der Finanz- und Staatsschuldenkrise sind dies vor allem strukturelle Probleme einiger Mitgliedsstaaten, deren schleppende Reformbemühungen sowie die geopolitischen Unsicherheiten, die aufgrund des Ukraine Konflikts auf Europa lasten. Begleitet wird die schwache Wirtschaftsentwicklung von einer ultralockeren Geldpolitik der EZB. Die Notenbanker haben mit den sehr niedrigen und zum Teil sogar negativen Zinsen Europas Politiker Zeit auf dem Weg zu echten Strukturreformen gekauft, doch zumindest in Frankreich und Italien scheint die wirtschaftspolitische Lernkurve eher flach zu verlaufen.

Die Zinspolitik der EZB ist in mancherlei Hinsicht ein Problem. Sie kann zu Fehlallokationen in der Realwirtschaft und auf den

Kapitalmärkten führen. Die Gefahr ist groß, dass Unternehmen und Investoren in eigentlich unrentable Geschäfte investieren oder höhere Risiken eingehen. In einigen Regionen Deutschlands muss man das Risiko von Immobilienpreisblasen aufmerksam im Auge behalten. Niedrige Zinsen nehmen den privaten Haushalten auch die Lust am Sparen. Das mag von Seiten der Wirtschaftspolitik zwar durchaus gewollt sein, wir müssen aber aufpassen, dass die deutsche Sparkultur nicht dauerhaft beschädigt wird. Um es ganz klar zu sagen: Die Deutsche Kreditwirtschaft erwartet nicht, dass es zu negativen Einlagenzinsen für Privatkunden kommen wird. Denn der intensive Wettbewerb der Kreditinstitute dürfte gegen Negativzinsen im Privatkundengeschäft sprechen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,
was die europäische Wirtschaft dringend braucht, ist eine Wachstumsstrategie. Der Modernisierungsschub in den geschwächten Volkswirtschaften muss fortgesetzt werden, um an Wettbewerbsfähigkeit zu gewinnen und beim Produktivitätswachstum nicht zurückzufallen. Erst die Aussicht auf ein nachhaltiges Wachstum wird die Investitionen in Fahrt bringen. Auch in Deutschland könnte die Wirtschaftspolitik mehr tun, um die Wachstumskräfte zu stärken, beispielsweise durch ein langfristig angelegtes Programm zur Erhöhung der öffentlichen Investitionen. Wir deutsche Banken und Sparkassen jedenfalls stehen bereit, die Wirtschaft mit ausreichenden Krediten und hochwertigen Bankdienstleistungen zu unterstützen.

Nur eine Bitte hätten wir an die Politik: Mit der Vollendung der Bankenunion sollte die Politik ihren Regulierungseifer eine Zeit lang bremsen. Die zur Krisenbekämpfung beschlossenen Maßnahmen benötigen Zeit zur Implementierung. Ständige Veränderungen des Finanzmarktrahmens stellen selbst ein Risiko dar, weil sie zur Unsicherheit beitragen und im Widerspruch zur Stabilität stehen

können. Was wir darüber hinaus dringend benötigen, ist eine Überprüfung der Wirkungen und Nebenwirkungen der Regulierung auf den Bankensektor und die kreditnehmende Wirtschaft mit dem Ziel, die Balance zwischen Finanzmarktstabilität und Wirtschaftswachstum im Blick zu behalten. Regulierung darf nicht zum Selbstzweck werden, Regulierung muss dem Ziel stabiler Banken und Finanzmärkte dienen.